

Antrag Nr. **81 / 2013**

	am	TOP
VA	<b>17.12.13</b>	
PA		
EA		

## Antrag

### Verbesserung des Haushalts 2014

Außerhalb der von der Prüfung der KGSt umfassten Aspekte und bei Beibehaltung des gefundenen überparteilichen Konsenses beantragt die SPD Fraktion die nachfolgenden Positionen für den Haushalt der Stadt Celle für 2014 intensiv zu prüfen und möglichst auch unter Ausnutzung aller rechtlichen Möglichkeiten zu realisieren, um die vorhandenen Ansätze ggf. entsprechend anzupassen:

- Senkung der Kreisumlage: Minderausgabe von rd. 5 Mio. €.
- Verkauf von Kunstgegenständen: Mehreinnahmen von rd. 7 Mio. €.
- Reduzierung der Aufwendungen für Eingliederungshilfe um bis zu rd. 500.000 €.
- Synergie und Aufhebung der Doppelstrukturen CD Kaserne und Jugendarbeit / -hilfe mit geschätzt bis zu rd. 300.000 €.
- Die Erweiterung der Geschäftsfelder der Stadtwerke mit einem Potential von geschätzt bis zu 1 Mio. €.
- Auswirkungen des Haushaltsbegleitgesetzes 2014 mit Mehreinnahmen von wenigstens geschätzt 500.000 €.

Damit schlägt die SPD Fraktion Haushaltsentlastungsansätze vor, die ein konkretes Gesamtpotential von bis zu rd. 14,3 Mio. € beinhalten. Bei einer 100%igen Umsetzung wäre der städtische Haushalt ausgeglichen könnte sogar Schulden abbauen.

### Begründung:

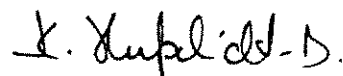
1. Die SPD Fraktion hält daran fest, den mit den Fraktionen Die Grünen/B90, der CDU, der WG und der FDP erstellten Antrag in gemeinsamer Verantwortung für den Haushalt der Stadt umzusetzen.
2. Angesichts der Aussagen der KGSt, ein gemeinsam von allen Fraktionen zu tragendes Sparpaket zu erarbeiten, hält die SPD es nicht für zielführend diesen Konsens aufzukündigen und einzelne Maßnahmen bereits jetzt unabgestimmt und außerhalb des erwarteten Sparpaketes durchzusetzen.
3. Die SPD Fraktion sieht sich dabei durch die Entscheidung der Kommunalaufsicht des Landes bestätigt, die im Rahmen der Genehmigung des Nachtragshaushalts 2013 mitgeteilt hatte, wegen der Aufgabenstellung an die KGSt auf ein weiteres Haushaltssicherungskonzept zu verzichten.

4. Die SPD Fraktion steht hinter den Eckpunkten der gemeinsamen Beschlusslage vom 14.2.2013. Insbesondere hinter dem Beschluss keine betriebsbedingten Entlassungen zuzulassen. Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Verwaltung, der Abwasserentsorgung, den Grünbetrieben und des Bauhofes sind das Kapital der Stadt. Sie sind in besonderer Weise engagiert, kompetent und kreativ. Nur mit ihnen gemeinsam gelingt es die Fluten von Aller, Fuhse und Lachte zu bewältigen. Nur mit ihnen gelingt es, auch in starken Wintern den Winterdienst Tag und Nacht und an Sonn und Feiertagen zu gewährleisten.
5. Die SPD Fraktion erwartet Hinweise aus der Prüfung der KGSt in Bezug auf Doppelstrukturen. So stellt sich die Frage nach der Bezuschussung der CD Kaserne in Höhe von 500.000 € jährlich bei teilweise gleichen Aufgaben des Jugendamts. Sind hier Synergien möglich, bestehen hier nicht erforderliche Doppelstrukturen und können diese nicht mit wenigstens 300.000 € eingespart werden?
6. Die SPD Fraktion sieht auch in Bezug auf die Stadtwerke Handlungsspielräume. Auch hier reicht es nicht aus, einfach eine Verdoppelung der Gewinne beschlossen werden. Die SPD Fraktion sieht deshalb die Notwendigkeit den Stadtwerken die Möglichkeit der Erweiterung ihrer Aufgaben einzuräumen, um so höhere Erträge zu erwirtschaften. Zu denken ist dabei neben der Aufnahme von Strom- und Gasvertrieb, insbesondere die Eigenversorgung der Stadt und Ihrer Töchter mit Strom und Gas, die Übernahme der Straßenbeleuchtung, die Übernahme des Abwasserbereichs und den eigenen Betrieb der Wasserversorgung sowie die komplette Parkraumbewirtschaftung.
7. Die SPD Fraktion sieht angesichts der Ankündigung des Landkreises von Überschüssen in Höhe von nahezu 10 Mio. € die Notwendigkeit die Kreisumlage um 6 Punkte zu kürzen, der finanzielle Spielraum dafür ist vorhanden. Damit kann eine Verringerung des Aufwands bei der Stadt von ca. 5 Mio. € erreicht werden. Bei einer unveränderten Beibehaltung der Kreisumlage wird der Oberbürgermeister aufgefordert eine Klage zu prüfen.
8. Die SPD steht zu den Aktienpaketen, weil sie für die Stadt Gewinne abwerfen. Sie erzielen im Vergleich zum derzeit niedrigen Zinsniveau eine deutlich höhere Rendite, so dass ein Verkauf mit dem Verbrennen von Vermögen und Kapital gleichzusetzen wäre.
9. Die SPD Fraktion bittet die Verwaltung zu prüfen, ob bedeutende Wertgegenstände von erheblichem Wert, die zurzeit nichts einbringen, veräußert werden können. Insbesondere soll geprüft werden, Bilder des Bomann-Museums z.B. an die VGH Stiftung oder die Sparkassenstiftung zu veräußern und mit den Veräußerungsgewinnen die Schulden zu senken.
10. Die SPD Fraktion erwartet von der Verwaltung neue Konzepte zur Bewältigung der Herausforderungen im Bereich der Eingliederungshilfe. Die hier zu beobachtende Kostenexplosion ist nicht hinnehmbar. Die Steigerungsraten des Aspergersyndroms in Celle und Niedersachsen (weit über das Maß in anderen Ländern) verlangen von der Verwaltung konzeptionelle Überlegungen. Einmal ist den Kommunen einzuräumen, die Diagnosen zu überprüfen, zum anderen ist zu prüfen ob mit neuen Konzepten einem derzeit noch bestehenden individuellen Anspruch auf einen (kostspieligen) individuellen Schulbegleiter anders aber ebenso effektiv begegnet werden kann. Die hier derzeit entstehenden erheblichen Kostensteigerungen von rund einer halben Mio. € könnten so minimiert werden.



---

Jürgen Rentsch  
Fraktionsvorsitzender



---

Katja Hufschmidt-Bergmann  
Geschäftsführerin